



Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

- a) **Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind,**

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZT 6 - Vergaben -
Geschäftszeichen: ZT6-1133-2012-316-17-IT3
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Angebotsabgabe:

Das Angebot ist per Post an: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat ZT 6 - Vergaben -, Platz der Republik 1, 11011 Berlin zu richten.

Das Angebot kann montags von 8.00 bis 15.00, dienstags bis donnerstags von 8.00 bis 16.00 und freitags von 8.00 bis 13.00 Uhr (außer an Feiertagen) an der Pforte der Liegenschaft: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1, 10117 Berlin, abgegeben werden.

- b) **Art der Vergabe,**

Öffentliche Ausschreibung eines Rahmenvertrags

- c) **Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind,**

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit dem den Vergabeunterlagen beiliegendem Aufkleber versehen.

- d) **Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung,**

Die Bundestagsverwaltung betreibt u.a. die elektroakustischen Anlagen im Plenarsaal und bedient während der Plenarsitzungen und sonstigen Sitzungen diese Anlagen über zwei Mischpulte in zwei getrennten Regiekabinen. In einer Kabine wird die Saalregie in der Regel durch eigene Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung durchgeführt. Soweit nicht genügend Mitarbeiter der Auftraggeberin zur Verfügung stehen, wird hierbei zur Unterstützung auf das Personal des Auftragnehmers zurückgegriffen.

In der zweiten Kabine wird die Sonderkanal-Regie durchgeführt, über die die Bundestagsverwaltung externen und internen Abnehmern, wie z.B. öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten oder auch dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, ein sendefähiges Tonsignal aus dem Plenarsaal während der Plenarsitzungen sowie bei sonstigen Sitzungen, die eine Sonderkanalregie erfordern, zur Verfügung stellt.

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages beabsichtigt mit dieser Ausschreibung, die Bedienung des Sonderkanalmischpultes zur Erzeugung und Bereitstellung eines amplitudenstabilen und hallfreien Audiomischproduktes in sendefähiger Qualität sowie die Auf-

zeichnung der Plenarsitzungen und die Unterstützung bei der Bedienung der Saalregie im Wege einer öffentlichen Ausschreibung zu vergeben.

Aufgrund von Erfahrungswerten aus den letzten Jahren ist als Kalkulationsansatz von jährlich 830 Stunden an Wochentagen sowie von 21 Stunden an Samstagen, Sonn- und Feiertagen für die Bedienung des Sonderkanalmischpultes und der Saalregie bei Veranstaltungen im Plenarsaal des Deutschen Bundestages auszugehen.

e) gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose,

Keine Aufteilung in Lose

f) Zulassung von Nebenangeboten,

Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Vertragszeitraum,

01.01.2013 - 31.12.2013, zzgl. 2 Verlängerungsoptionen um jeweils ein Jahr

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können,

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZT 6 - Vergaben -
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fax: 0049 / 30 / 227-36603
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

i) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist,

Ende der Angebotsfrist: 16. November 2012, 12.00 Uhr
Ende der Bindefrist: 14. Dezember 2012

j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen,

keine

k) wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind,

Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

l) mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangt,

Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind

- Sofern der Einsatz eines **Unterauftragnehmers** beabsichtigt ist, sind die hierzu genannten Bestimmungen in den Vergabeunterlagen zu beachten.

-
- Sofern die Bildung einer **Bietergemeinschaft** beabsichtigt ist, ist eine Erklärung nach Maßgabe der Vergabeunterlagen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen.
 - Eigenerklärung über das **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**.
 - Eigenerklärung über die Eintragung im **Handelsregister/** in der **Handwerksrolle** oder Auszug aus dem **Berufsregister**, sofern eine Eintragungspflicht besteht.
 - Auskunft über die **Dauer der Tätigkeit im auftragsrelevanten Bereich** (Dienstleistung für Ton- und Beschallungstechnik); diese muss mindestens bei drei Jahren liegen.
 - Angabe von **drei aussagekräftigen Referenzen** über vergleichbare Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mit jeweils gutem Feedback. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Bei Angabe von mehr als drei Referenzen werden nur die ersten drei Referenzen berücksichtigt. Referenzen von mit dem Bieter verbundenen Unternehmen werden nicht akzeptiert.
 - **Angaben über die Anzahl sowie Ausbildung und Qualifikation der für die Leistungserbringung vorgesehenen Beschäftigten**; für diesen Auftrag sind mindestens drei Beschäftigte vorzuhalten, die folgende Mindestanforderungen aufweisen müssen: Ausbildung zum Radio- und Fernsehtechniker, Veranstaltungs- oder Tontechniker sowie mindestens zwei Jahre Berufserfahrung in den genannten Bereichen. Das Vorhandensein der vorgenannten Qualifikationen ist mit Angebotsabgabe anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen.
 - **Qualitätssicherungskonzept** für die Leistungserbringung, welches eine ausführliche, überzeugende und nachvollziehbare Darstellung aller organisatorischen Maßnahmen beinhaltet.

Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind

- **Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis** (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden, Laufzeit mindestens entsprechend des Vertragszeitraums).

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden

- Auszug aus dem **Gewerbezentralregister** beim Bundesamt für Justiz;
- Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

- m) **sofern verlangt, die Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen,**

keine

- n) **Angaben der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**

Niedrigster Preis